

Vorschau AFI-Barometer

Die Einstellung Südtiroler Arbeitnehmer:innen zum Wohlfahrtsstaat

Demografische Entwicklungen, veränderte Lebensrealitäten und wachsende gesellschaftliche Ansprüche setzen den Wohlfahrtsstaat, in Südtirol wie in ganz Europa, zunehmend unter Druck. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage an Relevanz, welche wohlfahrtsstaatlichen Modelle in der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen. AFI-Direktor Stefan Perini betont zwei zentrale Erkenntnisse der aktuellen Erhebung: „Erstens zeigt sich in jedem Politikfeld eine meist klar bevorzugte Option. Zweitens werden liberale Modelle des Wohlfahrtsstaats von Südtirols Arbeitnehmer:innen entschieden abgelehnt. Bevorzugt wird ein System, das Elemente sowohl des sozialdemokratischen als auch des konservativen Regimes integriert.“

Der Wohlfahrtsstaat zählt zu den bedeutendsten gesellschaftlichen Errungenschaften der letzten 150 Jahre in Europa. Spätestens durch die COVID-19-Pandemie wurde seine fundamentale Rolle wieder deutlich – sei es im Bereich der öffentlichen Gesundheitsversorgung, der Arbeitslosenunterstützung oder bei sozialen Sicherungsmaßnahmen.

Wenig erforscht war bislang, welche allgemeinen Prinzipien und konkreten Ausgestaltungen eines Wohlfahrtsstaats von der Bevölkerung tatsächlich befürwortet werden. Aufbauend auf die klassische theoretische Typisierung der Wohlfahrtsregimes nach Gøsta Esping-Andersen (1990) beleuchtet das AFI im Sonderteil der aktuellen Ausgabe seines Barometers die Einstellungen der Arbeitnehmer:innen und analysiert auch auftretende Unterschiede nach demografischen und sozioökonomischen Kriterien.

#1: Rente - bekommen soll man im Maße, wie man gearbeitet hat

Mit Abstand die höchste Zustimmung erhält die Aussage „Die Höhe der Rente soll sich vor allem danach richten, wie lange und in welcher Höhe jemand in die staatliche Rentenversicherung einbezahlt hat.“ Die bedingungslose Mindestrente sowie die private Altersvorsorge werden hingegen beide überwiegend kritisch betrachtet.

#2: Pflege - ein Pflegeplatz für alle, öffentlich finanziert

Auch hier erhält eine Aussage mit Abstand die meiste Zustimmung, nämlich: „Alle Menschen sollen einen Anspruch auf einen öffentlich finanzierten Pflegeplatz haben.“ Eine partielle Kostenbeteiligung findet moderate Zustimmung, während der Appell an individuelle Vorsorge durch private Pflegeversicherungen überwiegend abgelehnt wird.

#3: Gesundheit - universeller Anspruch auf öffentliche medizinische Versorgung

„Alle Menschen, die in diesem Land leben, sollen gleichen Anspruch auf die öffentliche medizinische Versorgung haben“ schneidet in diesem Bereich mit Abstand am besten ab. Demgegenüber wird die Forderung nach Selbstbehalten (z. B. Arzt- oder Ambulanzgebühren) gemischt aufgenommen. Eine weitgehende Privatisierung über ergänzende Krankenversicherungen wird dagegen mehrheitlich abgelehnt.

#4: Arbeitslosenunterstützung - beitragsabhängig bevorzugt

Obwohl hier keine der Aussagen mit Abstand dominiert, tut sich dennoch folgende Position hervor: „Die Höhe des Arbeitslosengeldes soll sich ausschließlich danach richten, wie lange und in welcher Höhe ein Arbeitsloser bzw. eine Arbeitslose zuvor Sozialbeiträge einbezahlt hat.“ Die Idee einer pauschalen Grundversicherung für alle Erwerbslosen wird differenziert gesehen, während die Option einer staatlichen Unterstützung nur im Falle drohender Armut auf klare Ablehnung stößt.

#5: Kinderbetreuung - kostenfreie Nachmittagsbetreuung hoch im Kurs

Ähnlich wie bei Rente und Pflege, hebt sich auch hier eine Option deutlich von den beiden anderen ab, nämlich die Aussage: „Die Betreuung in den Kindergärten sollte in ganz Südtirol (inklusive Nachmittag) kostenlos sein.“ Die beiden Alternativvorschläge, wonach Eltern sich zumindest teilweise oder vollständig an den Betreuungskosten beteiligen sollten, werden mehrheitlich abgelehnt.

Zur Methode

Die Messung der Präferenzen für verschiedene Wohlfahrtsregimes baut auf der Typisierung von Wohlfahrtsstaaten nach Esping-Andersen auf, welche in seiner einfachsten Ausprägung zwischen einem sozialdemokratischen, einem konservativen und einem liberalen Wohlfahrtsstaat unterscheidet. Das sozialdemokratische Regime ist geprägt von universellen, vergleichsweise hohen Leistungen, starker Umverteilung und einem aktiv gestaltenden Staat. Im liberalen Regime sind staatliche Leistungen minimal, stark reglementiert und die Eigenverantwortung steht im Zentrum. Das konservative Modell betont die Rolle der Familie, koppelt Leistungen an das Erwerbseinkommen und ist auf den Erhalt sozialer Hierarchien ausgerichtet.

Die interviewten Personen mussten in fünf Politikfeldern (Rente, Pflege, Gesundheit, Arbeitslosenunterstützung, Kinderbetreuung) ihre Zustimmung zu bzw. Ablehnung von diversen Aussagen ausdrücken, die ex-post jeweils einem der drei Regimetypen zuordenbar sind. Der Fragebogen ist angelehnt an eine repräsentative Befragung der Arbeiterkammer Wien aus dem Jahr 2018.

Infografik
**Einstellungen der Arbeitnehmer:innen nach Wohlfahrtsstaat-Modell und Politikfeld
Verteilung der Antworten (%)**

	Sozialdemokratisches Modell	Konservatives Modell	Liberales Modell
Rente	Alle Menschen sollen eine staatliche Mindestrente erhalten. Unabhängig davon, wie viel der Partner/die Partnerin oder sie selbst vorher verdient haben.	Die Höhe der Rente soll sich vor allem danach richten, wie lange und in welcher Höhe jemand in die staatliche Rentenversicherung einbezahlt hat.	Die Menschen sollten selbst ausreichend privat Vorsorge für das Alter betreiben.
	14 25 26 35	26 57 12 5	8 39 29 24
Pflege	Alle Menschen sollen einen Anspruch auf einen öffentlich finanzierten Pflegeplatz haben.	Man sollte für die öffentliche Pflegebetreuung teilweise/weitgehend selbst bezahlen.	Die Menschen sollten selbst ausreichend private Pflegeversicherungen abschließen.
	48 39 11	19 54 20 7	12 37 29 22
Gesundheit	Alle Menschen, die in diesem Land leben, sollen gleichen Anspruch auf die öffentliche medizinische Versorgung haben.	Für öffentliche Gesundheitsleistungen sollten von den Patienten und Patientinnen Selbstbehalte (z.B. Arztgebühren, Ambulanzgebühren) eingehoben werden.	Die öffentliche Krankenversicherung sollte nur grundlegende Gesundheitsleistungen bereitstellen. Darüber hinaus sollen sich die Menschen über die private Krankenversicherung absichern.
	57 32 8	33 47 11 9	10 29 31 30
Arbeitslosenunterstützung	Alle Arbeitslosen sollten einen Pauschalbetrag erhalten, unabhängig davon, wie lange sie vorher erwerbstätig waren oder wie viel sie an Sozialbeiträgen einbezahlt haben.	Die Höhe des Arbeitslosengeldes soll sich ausschließlich danach richten, wie lange und in welcher Höhe ein Arbeitsloser bzw. eine Arbeitslose zuvor Sozialbeiträge einbezahlt hat.	Arbeitslose sollten nur dann Geld vom Staat erhalten, wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht aus Gespartem bestreiten können - ihnen Armut droht.
	18 34 35 13	19 55 18 8	11 30 23 36
Kinderbetreuung	Die Betreuung in den Kindergärten sollte in ganz Südtirol (inklusive Nachmittag) kostenlos sein.	Die Eltern sollten teilweise selbst für die Kinderbetreuung aufkommen. Es ist daher in Ordnung, wenn die öffentliche Hand einen Beitrag von den Eltern einhebt.	Für die Betreuung der Kinder sollen Eltern privat aufkommen. Die Familienbeihilfe ist als Unterstützung für Eltern ausreichend.
	49 30 17	12 40 27 21	12 36 29 23

Legende

Völlige Zustimmung	Teilw. Zustimmung	Teilweise Ablehnung	Völlige Ablehnung
--------------------	-------------------	---------------------	-------------------

Quelle: AFI-Barometer, 2025.06

© AFI 2025

Das AFI-Barometer erscheint viermal im Jahr (Winter, Frühjahr, Sommer, Herbst) und gibt das Stimmungsbild der Südtiroler Arbeitnehmenden wieder. Die telefonisch geführte Umfrage betrifft 500 Arbeitnehmer:innen und ist für Südtirol repräsentativ. Die Interviews für die Sommerausgabe des AFI-Barometers wurden im Zeitraum vom 1. bis zum 20. Juni 2025 geführt.

Das aktuelle Stimmungsbild wird auf einer Pressekonferenz am 23. Juli um 10:00 Uhr im Pressesaal im Palais Widmann in Bozen vorgestellt. Nähere Informationen zu den Forschungsergebnissen erteilt AFI-Direktor Stefan Perini (T. 0471 41 88 30, M. 349 833 40 65, stefan.perini@afi-ipl.org).